

# Die Beamten-Zeitung

Größte Wochenzeitung des Ostens für Beamte und Pensionäre

Erscheint jeden Sonnabend. Bestellungen nehmen die Postanstalten und die Geschäftsstelle entgegen.  
Fernsprecher: 288 14. Postfach Breslau 2880.



Bezugspreis aussch. Bestellgeld vierteljährlich 50 Pfg.  
Einzelgenpreis: Die 1 spaltige m-m-Seite 15 Pfg.  
Geschäftsstelle: Herrenstr. 80. Geöffnet von 9-6 Uhr

Offizielles Nachrichtenblatt für das Ortskartell  
Groß-Breslau des Deutschen Beamtenbundes,  
den Preussischen Beamtenverein zu Breslau, den

Schl. Pensionärverband, die Verwaltungs-Akademie  
Breslau, den Beamten-Wohnungsverein Breslau,  
die „Postheimstätte“ und die Beamtenbank Schlesien.

## Gegen Kaufkraftschwächung.

### Was sagt der Einzelhandel?

In den Kreisen von Handel und Gewerbe erkennt man jetzt die nachteilige Auswirkung der Schwächung der Kaufkraft der Beamten. Der Deutsche Beamtenbund hat sich am 10. April an die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in der Frage der Preislenkungsaktion gewandt und auch auf die Gefahr einer neuen Gehaltskürzung hingewiesen. In der Antwort hat die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels mit Genugtuung die aufmerkende Tätigkeit des Deutschen Beamtenbundes in der Angelegenheit der Preislenkungsaktion festgestellt. Dann heißt es in dem Schreiben der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels weiter:

„Wir glauben mit Ihnen, daß die Preislenkungsaktion der Reichsregierung die Öffentlichkeit keineswegs voll befriedigen kann, so lange sie sich nur auf einige Teilgebiete der Wirtschaft beschränkt. Wir würden Ihnen darin völlig beistimmen, daß die Kaufkraft der Beamten und Lohnempfänger erst dann in einem der Gehalts- bezug, Lohnkürzung entsprechenden Umfang gehoben sein wird, wenn auch alle gemeinnützigen und öffentlichen Bedürfnisse, Abgaben und Tarife aller Art (Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehr, Handel, Post usw.) in ihrer Preisstellung sich der Preisentwicklung des freien Marktes anpassen, d. h. ebenfalls in entsprechendem Umfang herabgesetzt werden.“

Wie ein Vergleich der Umgehungen im Februar 1931 mit denen des Jahresbegriffs 1927 ergibt, liegen von den einzelnen Gruppen des Lebenshaltungskostenindex lediglich die Gruppen für Ernährung und Bekleidung (um 18,5 Prozent und 8,8 Prozent) unter dem Stand von 1927. Dagegen bewegen sich die übrigen Gruppen des Index — insbesondere die Gruppe Wohnung — wesentlich über dem Stand von 1927. Nichts vermog deutlicher als diese Zahlen die Notwendigkeit einer sofortigen Umstellung der Steuer- und Tarifpolitik des Reichs, der Länder und der Gemeinden zu demonstrieren. Erst dann würde die von allen ermittelte Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung erreicht werden können. Gleichzeitig würde durch eine derartige Aktion die Belastung der gesamten Wirtschaft sichtbar reduziert werden, sogar auch von dieser Seite ein neuer Impuls zu einer baldigen Wirtschaftsentwicklung gegeben werden können. Wir sind nach wie vor bemüht in diesem Sinne auf die Reichsregierung wie auch auf die Öffentlichkeit einzuwirken und begreifen es dankbar, daß Sie uns Ihre Hilfe bei dieser Aktion von neuem befristet haben.“

Von der Wichtigkeit eines neuen Gehaltsaufbaus ist in unseren Kreisen nichts bekannt. Der Einzelhandel würde gegenüber derartigen Maßnahmen ernste Sorge empfinden, da jede weitere Schwächung der Kaufkraft dieser Kreise auch eine weitere Einschränkung seiner Umfänglichkeit zur Folge haben würde. Ihre Ausführungen über die Einkommenslage der Beamtenkreise haben uns sehr interessiert; wir werden Sie in unseren Mitteilungsblättern bekanntgeben.“

### Was sagt das Handwerk?

Auch der Reichsverband des deutschen Handwerks, an den sich der Deutsche Beamtenbund ebenfalls gewandt hat, erklärt, daß er mit unseren Auffassungen durchaus einig geht und schreibt weiter:

„Wir halten weitere Gehaltskürzungen nicht für tragbar und nicht zu einer Gesundung des Wirtschaftslebens führend.“

Wir begreifen diese Stellungnahme des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, vor allem aber auch die ausführliche Antwort der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. Wir begreifen diese Aussagen um so mehr, weil sie in erhellender Weise zeigen z. B. auf die Auswirkung des Gehaltsrückfalls vom Reichsverband der Deutschen Industrie auf einer vertraulichen Tagung des Arbeitgeberverbandes Harburg-Wilhelmsburg, die Befolgung der Beamten mißliebig umgibt, wenn notwendig, unter dem Stand von 1927 gebracht werden.“

### Wie war's denn 1927?

Immer wieder, und von allen Seiten wieder dieses Rückgriffen auf die „überlebensfähige“ Preislenkungsreform von 1927. Wie war es denn damals in Wirtschaft? Der Lebenshaltungskostenindex war gestiegen von 1926 bis im Jahre 1927 auf 147,8 im Jahre 1927. Die Beamten-Befolgung stand rein relativ (ganz abgesehen von ihrem absoluten Wert) in gar keinem Verhältnis mehr zu den fortwährend steigenden Lebenshaltungskosten. Aber jedesmal, wenn die Beamtenvertreter eine endliche Angleichung forderten, so ließ es die Berechnung der Forderungen nicht mehr anerkennen; oder — die Mittel hierfür können augenblicklich nicht aufgebracht werden. So war es

im Herbst 1924, weil der psychologische Moment noch nicht da war;  
im Herbst 1925, weil Preisabbau in Sicht war;  
im Frühjahr 1926, weil die Steuerentlastung das Gebot der Stunde war.

Endlich, nach langem, langem Warten, war es dann nicht mehr zu umgehen, eine Angleichung der Gehälter vorzunehmen. Es ging einfach nicht mehr anders (sonst wäre die Angleichung vielleicht noch weiter hinausgeschoben worden). „angeichts der Tatsache, daß andere Schichten Subventionen in irgend einer Form und Steuererleichterungen erhielten, angesichts dessen, daß der Index der Gesamtlebenshaltung

laut amtlicher Feststellung folgende Entwicklung genommen hatte: 1924: 127,8; 1925: 138,8; 1926: 141,2; 1927: 147,6;

angesichts der Erhöhung der Tariflöhne, die von 1924 bis 1927 für gelehrte Arbeiter um mehr als 75 Prozent gestiegen waren.“

Das Statistische Reichsamt stellte fest, daß dann selbst 1929 noch das Realgehalt unter dem Friedenseinkommen des Beamten lag. (Und das ist niemals für sich genommen!) Es betrug nur 87,4 Prozent der Vorkriegslöhne in der Gruppe der Regierungsräte; 87,1 Prozent in der Gruppe der Oberlehrer und 97,5 Prozent bei den Amtsgehilfen. Dagegen standen, das sei nochmals wiederholt, die Lebenshaltungskosten auf 147,8 der Vorkriegspreise. Die „Angleichung“ zeigte also noch recht, recht beträchtliche Differenzen. Während viele andere Volksschichten, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, eine wesentlich günstigere Angleichung an die Vorkriegsverhältnisse

## In den Armen liegen sich...

### „So kann es nicht weitergehen!“

Das Organ des christlichen Metallarbeiter-Verbandes „Der deutsche Metallarbeiter“ bringt in seiner letzten Nummer Ausführungen über das Wirtschaftssystem der öffentlichen Hand. Es heißt u. a. in diesem Artikel:

„Wir stehen an entscheidenden Wendepunkten unseres künftigen und vollen Lebens. Kaum jemals klappte ein solcher Zielpost zwischen den einzelnen Schichten und Wirtschaftsgruppen. Wir fühlen in bedenklichem Maße das Auseinanderdriften zweier verschiedener Wirtschaftssysteme, der Privatwirtschaft und des Wirtschaftssystems der öffentlichen Hand. Die Schläge der Wirtschaftskrise hat in entscheidendem Maße die Privatwirtschaft auszuhalten. Die Lasten mühen sich heute im wesentlichen von ihr allein getragen werden. Die Privatwirtschaft war aus vielen Gründen gezwungen, eine — selber oft sehr schmerzliche — Rationalisierung vorzunehmen, wenn sie konkurrenzfähig bleiben wollte. Demgegenüber hat die Wirtschaft der öffentlichen Hand die gewaltigen Kräfteanstrengungen im allgemeinen von sich abzuwenden gewagt, weniger durch eigene Kraft oder gar durch überlegene Wirtschaftsführung, als vielmehr dadurch, daß aus der Privatwirtschaft ungeheure Summen herausgezogen wurden, die für die Bezahlung des aufgestellten öffentlichen Verwaltungsapparates ausgegeben wurden. Die Steuerlasten in der Privatwirtschaft wie im Haushalt eines jeden einzelnen haben eine kaum zu überblickende Höhe erreicht, aber trotzdem scheint sich im Walde der öffentlichen Lasten kaum eine nennenswerte Richtung aufzulockern. Von einer ernsthaften Rationalisierung hört man höchstens etwas, soweit Schulerfrauen und Laubbücher in Frage kommen. Durchgreifende Arbeit wird gehemmt durch die Passivität des Parlaments und die zögernde Entscheidung der in Betracht kommenden Regierungsstellen.“

Privaten Kreisen hat man Preislenkung empfohlen, sie ist in gewissem Maße durchgeführt, nicht ohne starke Lohnsenkungen vor allem bei der Metallarbeiter-Schaft, Bergbau und Eisenindustrie sind in ihren Preisen zurückgegangen, aber von einem Preisabbau bei öffentlichen Gas- und Elektrizitätswerken hört man fast nichts. Und dann: wo bleibt die Reichsregierung, wo bleiben Länderregierungen und Kommunen mit einer verführten Ausgabenlenkung, mit der Herabsetzung der Steuern und Gebühren? Es ist bis heute so wenig darin geschehen, daß es keineswegs befriedigen kann. Die Steuerungsmaßnahmen hätten in ganz anderem Tempo sinken können, wenn die öffentliche Hand mit den Preislenkungen in der Privatwirtschaft eine Senkung ihrer Lasten verknüpfte hätte; stattdessen blieb sie auf einfacher Höhe stehen und ist nicht schullos an dem katastrophalen Sturz, den die Privatwirtschaft erleben mußte...

Ein Wort, das heute, wie ein Feuer durch Deutschland läuft, heißt: So kann es nicht weitergehen! Dahinter verbirgt sich oft Unwissenheit, Rationalismus und Unbarmherzigkeit; aber will einer behaupten, daß dieses Gefühl ganz falsch ist? Nein, auch wir betonen es ganz scharf: So kann es nicht weitergehen!“

### „Warum wieder nur halbe Arbeit?“

Gleich unverständlich ist die Stellungnahme des Zentralblattes für die deutschen Arbeitgeber, der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ (Nr. 16 vom 10. April), die einen Artikel aus Nürnberg veröffentlicht unter der Überschrift: „Warum wieder nur halbe Arbeit?“, in dem gegen die Beamtenrechte Stellung genommen, von ungenügenden Mitteln zur Bezahlung der Beamtengehälter und zur Aufbringung der Pensionen, gesprochen und die Forderung der Beamtenstellung als „Machenschaft“ bezeichnet wird. Dann heißt es weiter in dem „Zentralblatt für die deutschen Arbeitgeber“:

„Solche Machenschaften führen in die allgemeine Krise des deutschen Volkes eingeleitet. Maßnahmen und Verordnungen und müssen geradezu als Sabotage aufgefahrt werden. Daß die Klust, die heute

ja, in den Spitzen der „Wirtschaft“ sogar eine unerhört überlegene Erhöhung ihrer Einkommen erreicht hatten, sobald das Wort von der „aufgeblähten Wirtschaft und von unstillbaren Gehältern“ in der Öffentlichkeit aufkam.“

Erinnert sei nur an die 800 000 Mark des Haupt-Direktors Cuno an die 400 000 Mark der Generaldirektoren des Stahlwerks, an die 180 000 Mark des Direktors des Stahlwerks, an die 100 000 Mark des Direktors der Vereinigten Textilwerke A.-G., an die überlegenen Gehälter der leitenden Angestellten in Reichsbahn und Reichspost, an die 104 250 Mark Jahresgehalt des Kölner Oberbürgermeisters Dr. Wenauer usw. usw.

Man weiß wirklich nicht, woher unsere leitenden Staatsmänner angesichts solcher Verhältnisse noch den Mut nehmen, statt zu allererst eine höhere Besteuerung dieser Einkommen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzuführen, statt die nun einmal notwendige Anwendung der vorhandenen Vorräte unserer öffentlichen Finanzen durch eine Kürzung auf den breitesten Schultern der Volksgemeinschaft (progressiver Zuschlag zur Einkommensteuer!) zu versuchen, — daß sie stattdessen keinen anderen Ausweg wissen, als eine abermalige Senkung der Beamtengehälter, daß sie stattdessen erneut einem Berufsstand allein immer neue besondere Skotopfer aufbürden wollen.

zwischen der Beamten- und vielen Kreisen der merkwürdigen Bevölkerung besteht, nur noch größer wird, darf unter solchen Umständen nicht verwundern. Ein Gehaltsabbau darf bei der Beamten- schaft um so eher gefordert werden, als das Niveau an und für sich zu hoch war und in keinem Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes stand; es ist vielmehr eine Folge der seit Jahren für die Beamten der Beamtenstellung besonders günstigen politischen Konstellation und kann heute unter keinen Umständen aufrechterhalten bleiben.“

Diese Arbeitgeber-Zeitung versucht also, Gegenstände zwischen Beamten- und merkwürdiger Bevölkerung zu konstruieren. Vielleicht läßt sich das auch die Vertreter von Arbeiter-Gewerkschaften und Angestellten-Verbänden etwas aufhören, die immer noch gegen die Beamtenstellung eingestellt sind. Denn die genannte Arbeitgeber-Zeitung verlangt selbstverständlich nicht nur einen weiteren Gehaltsabbau, sondern auch weiteren Lohnabbau. Wir haben immer betont, daß die Richtungen innerhalb der Arbeitergewerkschaften und der Angestelltenverbände, die beamtenfeindlich eingestellt sind, die eigenen Interessen schädigen, und das Gebahren dieser Arbeitgeber-Zeitung zeigt das erneut. Dieses Blatt wird ja nicht zu beharren sein, wenn wir erneut nachweisen würden, daß die Behauptung, das Niveau der Beamtengehälter sei zu hoch, falsch ist, weil diese Kreise gar nicht berücksichtigt werden, wie niedrig das Gehaltsniveau von 1924 bis 1927 war. Es ist nur zu wünschen, daß endlich auch in den Kreisen, die dieser „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ nahestehen, die Erkenntnis sich Bahn breitet, wie sehr durch den Ruf nach weiterer Gehaltsabbau die eigene Wirtschaftskraft geschädigt wird und geschädigt werden muß.

### Die verbeamtete Wirtschaft.

Ueber die „Verbeamtung“ der Wirtschaft äußert sich der Leipziger Universitätsprofessor Dr. Rud. Streller in einem umfangreichen Artikel in Nr. 4 der „Zeitschrift des Reichsbundes der höheren Beamten“ sehr freimütig. Wir entnehmen seinen Ausführungen folgende Sätze:

„Dieses Ruhen nach Staatshilfe, das jetzt in allen, aber auch allen Wirtschaftszweigen üblich geworden ist, das ist es aber, was uns am deutlichsten zeigt, der alte Kapitalismus hat sein Selbstvertrauen, sein Selbstbewußtsein verloren. Ich weiß nicht, ob sich alle Unternehmer, aber auch die Landwirte darüber klar sind, daß dieses Einschlagen des Staates in die Wirtschaft bereits Sozialismus bedeutet. Halten wir die oben aufgezählten Tatsachen zusammen: Ausschaltung der Konkurrenz, vollkommene Staatshilfe durch Subventionen; Abwälzen der Verantwortung für die richtige Deutung der Wirtschaftslage auf Konjunkturforschungsinstitute; Abwälzen der Verantwortung für richtige Kapitalanlage auf Kartelle und Trusts; Abwälzen der Verantwortlichkeit, sich der jeweiligen Lage anzupassen, auf das Budget; Abwälzen des Risikos der Produktion auf den Staat! Was bleibt denn dann noch von der „freien“ kapitalistischen Wirtschaft übrig? Worin liegt der Unterschied zur sozialistischen oder planwirtschaftlichen Lage? Wenn die Wirtschaft schon von allem „verbeamtet“, wenn die Unternehmen schon beamtenmäßig nach „Schema R“ und nach „Routine“ geführt werden, warum sollen dann die Unternehmer und Direktoren nicht gleich durch Staatsbeamte ersetzt werden? Wenn der Staat schon das Risiko tragen muß, wenn man ihm schon — und zwar meist in recht „deutlichen“ Worten — die Verantwortung für alles und jedes zuschiebt, warum soll er dann nicht auch den Gehalt einstellen? Man muß es einmal aussprechen: Die „Verbeamtung“ bedeutet eine Gefahr für die ganze Wirtschaftsentwicklung! Nicht von der sozialistischen Arbeiterklasse geht die Bedrohung des Kapitalismus aus, sondern von den „kapitalistischen“ Unternehmen, die keinen Mut und keine Kraft mehr haben, kapitalistische Unternehmen zu sein. Wenn der Kapitalismus heute in ein kritisches Stadium eingetreten ist, so nicht deshalb, weil wir zuviel „Verbeamtete“ und zu wenig Kapitalisten haben.“

# Pistyan

DAS RHEUMABAD

bleibt erfolgreiche Kuren, Bäder und Wohnung unter einem Dach, guten Sport und Vergnügungen

Mitglieder erhalten gegen Anweisungsformular des Vereines Begünstigungen auf Bäder und Wohnungen!

Informationen: Pistyan-Büro (O. Glaser) Breslau, Junkernstraße 13



# Was sagt die Presse?

Das 8-Uhr-Abendblatt.

Im Berliner 8-Uhr-Abendblatt (Nr. 95 vom 24. April) hat sich Dr. Emil Feldmeyer zu den Gehaltskürzungsplänen folgendermaßen geäußert:

Gehälter über weitere Kürzung der Beamtegehälter gehen wieder einmal in politischen Kreisen um. Sie haben sogar der Spitzenorganisation der Beamten, dem Deutschen Beamtenbund, Beratung gegeben, sich mit einer Enthaltung an den Reichshaus zu wenden, in der mit Recht sehr eindringlich auf die staatspolitischen Gefahren einer erneuten Verminderung des Beamten- und Angestelltenlohns hingewiesen wird. Reichsfinanzminister Lohse hat wiederholt durchaus einseitig und energiglos den Gehältern abgesehen, daß die Beamtegehälter weiter herabgesetzt werden, und wir glauben, mit aller Sicherheit sagen zu können, daß er auf diesem Standpunkt verharrt. Er wird, wenn die Frage der Kürzung der Beamtegehälter politisch gestellt wird, diese seine Meinung auf das Nachdrücklichste vertreten. Ja, man müßte im Vertrauen auf Versicherungen, die er in den allerletzten Tagen gegeben hat, annehmen, daß eine einmalige Entscheidung des Kabinetts für eine neue Kürzung der Beamtegehälter zu politischen Konsequenzen für die Stellung des Reichsfinanzministeriums führen würde.

Es ist kein Geheimnis, daß die Pläne neuer Gehaltskürzungen besonders vom Reichsarbeitsministerium, also Herrn Stegerwalds Ressort, befürwortet werden. Die Regierungen der Länder stehen in der Frage nicht in einer Reihe. Der württembergische Staatspräsident und Finanzminister Holz tritt in sehr ungeheurer Form für den Gehalt ein; die sächsische Regierung widerstrebt ihm; Preußens Stellung ist noch nicht zu erkennen, aber auch hier dürfte die Regierung, mitzumachen, nur sehr gering sein. Auch die Privatwirtschaft ist geteilter Meinung. Der Reichsverband der deutschen Industrie arbeitet mit starken Kräften auf eine neue Herabsetzung der Gehälter der öffentlichen Beamten und Angestellten hin, wahrscheinlich mit dem Nebengedanken, auch in der Privatwirtschaft neue Gehaltsenkungen dann leichter durchsetzen zu können, während der deutsche Einzelhandel und das deutsche Handwerk ebenso entschieden die Einkommen im Interesse der ohnehin so bedrückten Kaufkraft großer Teile der Bevölkerung wenigstens auf ihrer gegenwärtigen Höhe erhalten wollen.

Ueber das Ausmaß der Gehaltsenkung, mit der also einflußreiche Stellen zu spielen, verläuft, daß sie ungefähr vier Prozent erreichen sollte. Es würden also die Gehälter, die jetzt um 6 Prozent gekürzt sind, dann insgesamt um 10 Prozent gekürzt

sein. Außerdem wollen diese Stellen sogar gewisse Zuschläge befehlen, zum Beispiel die drückenden Leuztungszuschläge, die in Berlin und anderen Großstädten geholt werden. Das würde eine weitere Senkung um 2 bis 3 Prozent bedeuten. Es ist zu hoffen, daß die Regierung den schweren Bedenken gegen die einschneidende Maßnahmen Rechnung trägt und von diesen Mitteln zur Verminderung des Teils des Abstands nimmt. Dabei vernehmen wir nicht, daß energigleiche Maßnahmen ergreifen werden müssen, und das Reichsfinanzministerium beschäftigt sich ja schon seit längerer Zeit mit verschiedenen Plänen. Dr. Dietrich hat dem Kabinet die letzten Ausweise des Reichsfinanzministeriums vorgelegt. Auf Grund dieser zwingenden Bedenke und des Ergebnisses der zu beendenden Verhandlungen des Reichsfinanzministeriums mit den einzelnen Ressorts wird Dietrich dem Kabinet Vortrag halten. Sodann sollen als Ergebnis der Kabinettsdelibere die gewisse Vorschläge ausgearbeitet und dem Kabinet sobald wie möglich vorgelegt werden. Im Augenblick läßt sich über den Inhalt dieser Entwürfe aus dem Grunde noch nichts Bestimmtes sagen, weil sie eben noch keine konkrete Gestalt angenommen haben. Soviel darf man aber wohl als sicher annehmen, daß vor neuen Steuerentwürfen keine Rede sein kann, sondern daß in erster Linie auf dem Wege der Einsparungen im Etat das Defizit gemildert werden muß.

## Die Volkszeitung.

Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Reinhold erklärt in einem Artikel der „Volkszeitung“ (Nr. 104 vom 24. April):

„Auch eine erneute Senkung der Beamtegehälter lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Es kann fraglich sein, ob die vorgenommene Kürzung der Gehälter in ihrem Ausmaß der Lage der Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen entspricht oder ob man damals die Lage zu optimistisch beurteilt hat. Auf diesem Gebiet einzugehen, also nach wenigen Monaten, erneut mit Abstrichen einzugehen, ist wirtschaftlich, sozial und nicht zuletzt staatspolitisch völlig unerträglich. Gerecht kann kein Finanzminister dafür garantieren, daß die Beamtegehälter in der augenblicklichen Höhe unter allen Umständen aufrechterhalten werden können; aber der Minister muß die Gewähr dafür übernehmen, daß eine solche Maßnahme nicht in Frage kommt, es sei denn, daß alle Ersparnismöglichkeiten erschöpft sind und auf Grund der Erfahrungen eines genügend langen Zeitraums die Hoffnung ausgegeben werden muß, daß ohne dieses letzte Mittel das Gleichgewicht in den öffentlichen Haushalten hergestellt werden kann.“

## Wie lange denn?

Von Steuersekretär Ernst Opolska, Dels (Schlef.)

Nach der von Aristoteles begründeten und von Montesquieu aufgenommenen und vertieften Lehre von der Dreiteilung der Gewalten ist in jedem modernen Staate die öffentliche Gewalt geteilt in die Gesetzgebung, die Rechtspflege und die Verwaltung. Von dem einwandfreien Funktionieren dieser drei Hauptträger der öffentlichen Gewalt hängt das Wohl und Wehe des Staates und seiner Glieder ab. Wie sieht es damit im heutigen Deutschland aus? Unsere Gesetzgebungsmaschine hat sich totgeliefert; der Rechtspflege macht man aus eigenen Reihen von namhaften Juristen den Vorwurf, sie sei eine Dürre der Politik geworden. Und wie sieht es in der Verwaltung aus?

Nach der Weimarer Verfassung ist jedem das Recht gegeben, seine Meinung frei zu äußern und sein Koalitionsbedürfnis nach jeder Richtung hin unbeschränkt zu befriedigen. Wir sind nun auch hier mit der aus Deutschen eigenen Grundsätzen von einem Extrem ins andere verfallen und haben uns soziologisch, berufständisch und politisch in Gruppen, Vereinen, Berufsverbänden und Parteien organisiert, reagieren mit großer Empfindlichkeit auf jede Maßnahme unserer Regierung und sehen unsere höchste Aufgabe darin, diese zu durchkreuzen, so daß es nicht zu viel gesagt ist, wenn behauptet wird, daß unsere Regierungen heute nicht mehr regieren, sondern von den einzelnen Potentaten regiert werden. Berufene und in weitestem Umfang Unberufene fühlen sich verpflichtet, an Verwaltungsmaßnahmen und Anordnungen Kritik zu üben. Eine ewigwährende Pötte trägt ihr Teil dazu bei. So haben wir mit der Zeit einen Kampf aller gegen alle entfacht und regieren uns gegenseitig mit vermeintlich viel Wissen, dafür aber mit so weniger Gewissen in eine Sackgasse hinein und vergehen so unsere Tatkraft in Opposition und Obstruktion gegeneinander.

Grolante Kritik nicht lediglich um ihrer selbst willen geübt wird, kann sie nur fruchtbringend wirken. Darüber sind wir in Deutschland jedoch schon lange hinaus. Wir haben die Staatsautorität auf allen Gebieten der Verwaltung in einem Umfang untergraben, der das Schlimmste befürchten läßt. Zum Beispiel in der Gesetzgebung und staatliche Maßnahmen werden von der breiten Masse unseres Volkes nicht nur nicht beurteilt, sondern geradezu entwürdigt und belächelt. Der Delinquent wird als Held gefeiert und, falls ihn die Gerichte einmal zur Verantwortung ziehen, als Märtyrer verherrlicht. Neugierig befehlen sich, daß sich heute auch schon Kunst und Wissenschaft in dieser Richtung betätigen, wie es das kürzlich aufgeführte Schauspiel „Bork“ von Wenzel und der Roman „Bauern, Bonzen, Bomben“ von Hans Fallada bemerken.

Die höchste Aufgabe einer Steuerverwaltung muß sein, innerhalb der bestehenden Gesetze jeden Steuerpflichtigen entsprechend seiner Leistungsfähigkeit zur Steuer heranzuziehen. Daß wir diese Aufgabe heute trotz des Scheiters über die aufgelaufene Reichsfinanzverwaltung nicht mehr erfüllen können, müssen wir Reichssteuerbeamte leider selbst zugeben. Die Gründe sind nicht zuletzt in den falschen Sparmaßnahmen der Verwaltung zu suchen, die Mittel für Reichssteuer und steigenden Steuerbedürfnissen der Wirtschaft und der Bevölkerung für Unterbrechung von Steuerüberprüfungen kürzt oder ganz streicht und so die Buchprüfungen, die Außenkontrollen und die Vollstreckungsstellen lahmlegt, und daß in einer Zeit, in der sich die Steuerbrüche beizeiten zu einer soziopathologischen Erscheinung herausgebildet hat.

Daß wir Reichssteuerbeamten bei unserer Tätigkeit keine Verachtung bei den Steuerpflichtigen auslösen ist nur verständlich. Wir verlangen das auch nicht. Man ist aber heute über eine natürliche Abneigung gegen diese Verwaltungsbehörde schon weit hinaus, dank der großen Gebuld der Regierung. Fast täglich wird in öffentlichen Versammlungen zur Steuererhebung und zur offenen Gewaltanwendung gegen ausführende Organe aufgerufen. Man treibt eine maßlose Gehe gegen die Finanzämter und ihre Beamten und führt dann die aufgeregten Massen zum Sturm auf die Finanzämter, nötigt diesen durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt das Verschweigen ab, keine Zwangsmaßnahmen gegen Steuerhinterzähler durchzuführen und setzt fortwährend auf Beilegung von einzelnen Beamten bei den vorgesetzten Behörden durch, ohne Gefahr zu laufen,

## Die 15. post- und telegraphenwissenschaftliche Woche.

(Schluß.)

Über mit offenen Augen durch die Vororte der Reichshauptstadt geht, besonders durch die nördlichen Bezirke, der bekömmte einen gelinden Schreck. Warum ist gar nicht so, wie es bei solch einem Geschehen ausfällt! Nicht der Kurfürstenturm oder der Innenhof spiegeln das wahre Wirtschaftsleben; die großzügigste Lichtnahme kann ebensowenig über die sich immer mehr ausbreitende Wirtschaftsentwicklung hinwegtäuschen; wie der starke Verkehr von Fahrzeugen aller Art nicht die Tatsache vermindert, daß die Arbeitslosigkeit auch in Berlin tiefenhafte Ausmaße angenommen hat. Aus den Ausführungen des Leiters des Kraftpostwerkes sprach der volle Ernst und das Wirftun mit dieser Arbeit. Im Norden Berlins, nur noch vor zwei Jahren vierzigtausend Arbeiter Beschäftigung fanden, sind es zur Zeit kaum zwanzigtausend. Wenn damals etwa hundert Schornsteine rauchten, so sind es jetzt kaum vier! Auch amerikanische Unternehmen erleben aus der Praxis, in welcher großer Wirtschaftsnutzen mit ausfinden. Eine amerikanische Fabrik im Norden Berlins hat ihre Arbeiterzahl von 6000 auf etwa 400 herabgesetzt. — Auch das Kraftpostwerk mußte die Arbeiterzahl um 300 gegenüber dem Vorjahre herabsetzen und gleichzeitig die Arbeitsstunden auf 40 reduzieren. Hier, im Norden Berlins, liegt die Front des Wirtschaftslebens!

Nun noch zu einem posttechnischen Betriebe, dem so mancher bereits das Sterblichste voraussetzt, der aber noch recht lebensfähig ist: ein Telegraphenamt. Die Bedeutung des Haupttelegraphenamtes, in dem es hämmert und postet, das gleichsam das Herz nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt ist, ist sehr lebendig. In außerordentlich festlichen und lebhaften Ausführungen gab der Leiter dieses Großbetriebes einen anschaulichen Überblick über das größte aller deutschen Telegraphenämter. Auch der schneller gewachsene jüngere Bruder — der Fernsprecher — muß noch immer die Existenzberechtigung des Telegraphenapparates anerkennen. So lange die Verständlichkeit der Sprache und Tageszeiten bestehen, so lange wird auch das telegraphische Wort seinen Wert behalten. Das beweist der Umfang, daß dreimal mehr Telegramme täglich von Berlin abgehen als Ferngespräche. Die Tagesleistung dieser gewaltigen Fernübertragungsanstalt beträgt 120000 Telegramme, in außerordentlichen Fällen steigt diese Leistung auf 200000. Tausende tausend Telegramme werden hier täglich durch Fernsprecher ausgegeben und ebensoviel angenommen gesprochen. Nicht selten ist bekannt, daß es heute bereits praktisch durchführbar ist, ein Telegramm in weniger als 80 Minuten aus dem Zimmer des Absenders in New York zu befördern!

eine Befragung zu gewärtigen. Dadurch ist die Staatsautorität völlig untergraben.

Daß das auch schon die Steuerpflichtigen erkannt haben, mögen die beiden nachfolgenden Beispiele beweisen: Bei einer Firma findet eine Buchführung statt. Die Buchführung wird verworfen. Der prüfende Beamte schlägt dem zuständigen Finanzamt Schätzung des Einkommens vor. Das Ergebnis der Prüfung wird dem Steuerpflichtigen mitgeteilt. Darauf erklärt dieser mit einer gewissen Verhöhnung, wenn das zuständige, am Orte befindliche Finanzamt (der prüfende Beamte gehörte einem benachbarten Finanzamt an) die Schätzung vornehme, wird die Nachzahlung nicht groß werden, denn das Finanzamt habe seit der letzten Demonstration große Angst und sei sehr bescheiden geworden.

Im Lande wird eine andere Finanzamtbegehung führen zur Kreiselbahn. Im Laufe der Unterhaltung erzählt der eine, daß er auch zum Finanzamt gehen müsse, um seine Steuern zu bezahlen. Daraufhin macht ihm der andere wegen seines Vorhabens Vorhaltungen. Als dieser darauf erwidert, daß dann der Vollziehungsbeamte komme und er noch Kosten habe, erklärt ihm der andere, daß die Vollziehungsbeamten des Finanzamts keine zwangsweise Beitreibung von Steuern mehr durchführen werden, weil sie seit der letzten gewalttätigen Verhöhnung der Finanzämter Angst hätten. Die Landwirte müssen nur geschloffen ihre Steuerzahlung verweigern.

Diese beiden Beispiele beleuchten schlagartig die Situation, in der sich heute einzelne Behörden befinden. Die Folge einer solchen Lage der Finanzämter gegenüber den Steuerpflichtigen wird ein ganz empfindlicher weiterer Rückgang der Steuererlöse sein, der das Defizit im Reichshaushalt größer und größer werden läßt, was die Regierung wiederum zwingt, neue Steuerquellen zu erschließen, die nicht notwendig wären, wenn die alten voll ausgeschöpft würden.

Gerecht ist ein Teil der Steuerpflichtigen bei der Wirtschaftskrise nicht mehr in der Lage, Steuern zu bezahlen. Von diesen sollen und können auch keine mehr erhoben werden. Wenn aber ein Steuerpflichtiger Einkünfte und Erbschaften wegen seiner Steuern stellt und nachher feststellt, daß er ein ganz beträchtliches Guthaben bei der Bank hat oder wenn ein anderer Steuerpflichtiger gegenüber dem Finanzamt frei und offen erklärt, keinen Pfennig Steuern mehr zu zahlen, seine Forderungen und Vermögenswerte einer Bank überläßt, um sie dem Zugriff des Finanzamts zu entziehen, aber einen

großen persönlichen Aufwand treibt — z. B. für rein persönliche Zwecke einen Kraftwagen hält oder an einem Abend bei einem Breisegel 250 RM. verreckt! —, so ist das eine offene Steuerfabrikation.

Welches sind die Ursachen, die zu dieser gefährlichen Untergrabung der Staatsautorität geführt haben? Bis zu einem gewissen Grade mag man diese in der bedauerlicherweise immer stärkeren Politisierung unserer öffentlichen Verwaltungen suchen, die zu immer stärkerer Kritik herausgefordert hat. In Widerspruch der verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der freien Meinungsäußerung (Art. 11 der Weimarer Verfassung) ist diese Kritik an öffentlichen Einrichtungen und Anordnungen allmählich in harte Verhetzung und in einen Kampf umgeschlagen. Hieran tragen Gerichtsverurteile Schuld, die in einer unbegründeten und unangenehmen Summarität mit ihren milden Urteilen geradezu zu weiteren Gewalttaten herausgefordert haben. Solche Urteile sind in der Beamtenpresse wiederholt kritisiert worden, so daß es darauf nicht näher eingegangen werden braucht. Den gefährlichsten Stoß der Staatsautorität hat jedoch zweifellos die vorübergehende mit verstärkter Schärfe eingeleitete Beamtenbegehung verübt. Man verurteilte die Beamtenhaft tagtäglich in Wort, Schrift und Bild mit den gewöhnlichen Vorwürfen. Das Mordlied und die Flugblätter der „Mordlied“ sind noch in aller Erinnerung. Von welcher Seite der Angriffsbefehl gegen die Beamtenhaft gegeben wurde, wird wohl niemals genau festzustellen sein. Wie dem auch sei, tatsächlich hat unsere Regierung zu dieser gefährlichen Gehe lange gelockt. Einzelne ihrer Mitglieder haben selbst keine Gelegenheit verkannt, in ihren öffentlichen Reden Kritik an der Beamtenhaft zu üben. Das spornte die Träumer zu neuen Taten an. Da der Beamte nun einmal Träger der Staatsgewalt ist, mußte als Folge dieser Beamtenbegehung auch die Staatsautorität zu Bruch gehen.

Anschließend dringt die Erkenntnis langsam durch, aber die Geister, die man rief, die wird man nicht so leicht los, es drängt sich unwillkürlich die sehr ernste Frage auf:

Wie lange noch wird unsere Regierung einer solchen gefährlichen Untergrabung der Staatsautorität tatenlos zusehen? Denjenigen aber, die sich in dieser Richtung betätigen, möge gesagt sein, daß der Staat immer noch das Primäre ist und bleiben muß, und daß es der Wirtschaft und jedem einzelnen nicht gut gehen kann und gut gehen wird, wenn wir den Staat zerlegen.

Die Entwicklung der Bildtelegraphie gestattet das Zusammenwirken von Bild- und Schrifttelegraphie und dadurch das Miterleben von Ereignissen in aller Welt im Augenblick des Geschehens. Tausende Telegraphenleitungen treffen beim Haupttelegraphenamt zusammen, in denen in allen Sprachen gearbeitet wird. Diese Zahl erhöht sich gemäß der Berücksichtigung der fachlichen Ausnutzung der Leitungen bei der Wechselstromtelegraphie. Der große Generalpostmeister Dr. von Stephan hat schon zu seiner Zeit das Haupttelegraphenamt Berlin die Herzhamer der Welt genannt.

Daß natürlich auch die beschriebenen Postbetriebe ganz staunenswerte Mengen von Beförderungsgütern bewältigen, sei nur erwähnt. Die Leistungen z. B. der großen Postverkehrsabteilung der Postämter 017 und 027 77 sind außerordentlich, beträgt doch allein die Paketauflieferung bei letzterem täglich 20000 Stück mit einer Steigung bis zu 30000 Stück in besonders verkehrstarken Zeiten. Von dieser Verkehrsabteilung gehen täglich 120000 Pakete ab; neben diesen ist ein Eingang von 100000 Stück zu bearbeiten. 75000 Paketen im abgehenden und 20000 in ankommender Richtung verkehren den Betrieb. Natürlich ist zur Bewältigung eines derartigen Massenverkehrs neben einem stabigen zentralen Beamten und einem Heer von Ausschilfskräften die Anwendung verschiedenartiger technischer Hilfsmittel erforderlich; eine posteigene Rangierbahn mit mehreren tausend Metern Bahngleisen und der entsprechenden Einrichtung gehört hinzu.

Nachdem wir die Menge der Briefpost, die bei den großen Zentralfstellen in ungeheuren Mengen aufkommt und schnellstens bearbeitet werden muß, ausgehend, stürmische technische Hilfsmittel helfen besonders beim Postamt 7 den Briefpostverkehr zu bewältigen. Auch hier herrscht der Grundgedanke, die Sendungen mit möglichst wenig Arbeitskräften an ihren Bestimmungsort zu bringen.

Aus den vorstehenden Ausführungen über die 15. Postwoche geht hervor, daß bei ihr keineswegs die reinen Spezialfragen außer Acht gelassen worden sind, wenn auch die Behandlung der allgemeinen postlichen und wirtschaftlichen im Vordergrund stand. Die zweifelhafte Mischung von Vorlesungen und Besprechungen trug dazu bei, daß der mit der Postwoche beabsichtigte Zweck voll erreicht wurde. Man trifft manchmal — selbst in Kreisen, in denen man mehr Verständnis voraussetzen zu dürfen glaubt, — die Meinung an, als sei das Postwesen eine so einfache, mehr oder weniger von selbst gehende Sache. Aber schon ein ganz kurzer Blick in die zahlreichen Zusammenhänge zeigt dem sachlichen Beurteiler, wie vielfach und weitverbreitet die Fäden sind, durch die die Post mit den staatspolitischen, geistlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, überhaupt mit den gesamten Lebensverhältnissen des Volkes und Staates, ja der ganzen Menschheit verbunden sind.

Mit einem warmen, menschlichen Appell an das gesamte Postpersonal schloß der Kurvorträger, Ministerdirektor Dr. Andersch, seine Vorlesung über „Allgemeine Postwissenschaft und Deutsche Reichspost“. Seine Ausführungen fanden lebhafteste

Zustimmung. Nur keine Vertrauenskrise aufkommen lassen! Fort mit allem Eingebildeten auf Stellung, Rang und Einfluss; in der jetzigen Zeit des Beförderungswesens ist besondere Rücksichtnahme geboten! Wirkliche Führer sind nur die, die in enger Fühlung mit den Gefühlen des Volkes der Allgemeinheit dienen. Daß die 15. Postwoche ein hohes Ansehen genießt, ist nicht zum wenigsten der frohen Mitarbeit des gesamten Postpersonals zu verdanken. Mit Dankworten an Dozenten, die Verwaltungsakademie Berlin und die Sörter schloß Ministerdirektor Dr. Andersch am Namen des Reichspostministeriums die 15. post- und telegraphenwissenschaftliche Woche.

Der Dank der Sörterfahrt übermittelte mit herzlichen Worten Oberpostmeister Niemand, einen Dank, der nicht eine Geste oder Verpflichtung, sondern der Ausdruck dankbarer Herzen sei.

Die Fülle des Gebotenen schwärzte sicherlich allen Teilnehmern der antwortenden Veranstaltung noch durch den Kopf, als sich der große Saal allmählich leerte; erst wenn die Sörter wieder in ihren heimlichen Wirkungskreisen zur Ruhe und Befriedigung gekommen sein werden, dann wird das Gebotene feste Gestalt annehmen und dann wird sich der Erfolg einstellen, den Veranstalter und Sörter mit dieser wohl gelungenen 15. Postwoche erfreuten. Hw.

## Der Sparsammel.

Ueber diesen gefährlichen Fallus, der gerade in gegenwärtiger Zeit Veranlassung zu Unruhe und Bedacht zur Frage werden soll, lesen wir im österreichischen „Städtischen Anzeiger“ — die neue Frankfurter scheint also auch in unrem Brüberlande zu grassieren — folgende nachdenklichen Worte von Peter Ur:

Das Größte an der jüngsten Zeit ist wohl der Zug der Sparsamkeit, der Zug, das Aussehen zu verfeinern, bis es uns besser geht lindnen.

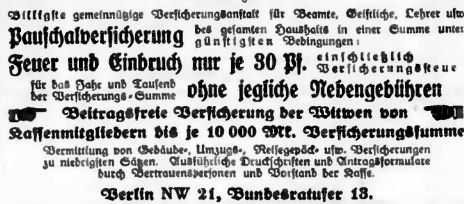
Die Frau des Hauses kauft kein Meid. Der junge Mann nichts feiner Meid. Den Kindern lassen er die Wäter: Wir haufen auch das Sparsamkeit später.

Minister sparen kein Budget. Die Arbeitslosen schon beim Tee. Der Kaufmann spart beim Steuerzahlen. Der Wähler seine Stimme bei Wahlen.

Das Sparen wird zur heiligen Mut, die Folge ist: das Sparen ruht. Die Wirtschaft wird ganz Spar-Zähle. Erfüllt ist großer Männer Will.

Das Leben schließt in Frieden ein und über bleibt nur der Sparsam: Sie sparen bis sie fülle liegen in einem kleinen-Zeichenbogen.

Wir deutschen Beamten sollten dies tragikomische Gedichtlein, das den / Nagel an den Kopf trifft, alle auswendig lernen. A. B.



**Schlussfolgerung** am 19. 4. 31 (Zusammenf.). In der Aussprache be-  
 zügeln sich die Kollegen Wögel, der bittet, auch Maßnahmen zur Ent-  
 feldung der Beamtenschaft nicht zu vergessen; und eine Umfrage zu er-  
 wägen, wieviel Beamte infolge ihrer Berufsordnung verdrängt seien.  
 Scheffler, der auf die Gehaltskürzung und ihre ungünstige Stellung-  
 nimmend, Rollege Thiele, der den Entlassungsfall des Beamten  
 nach dem Verordnen befragt, daß keine Rollege 3 3 mit der Deut-  
 lichkeit heraus, daß der DRR sich klar und deutlich auf den Boden der  
 Verfassung gestellt habe, die Beamtenschaft parteipolitisch zu spalten,  
 sei ein Verbrechen; Ahmann betont, daß die Beamtenschaft auch in der  
 Beamtenschaft Verständnis finde und finden müsse; der Beamte solle bei  
 Gelegenheiten denjenigen, auf ausfinden im Bunde zu stehen, was gegen-  
 über der Beamtenschaft, die die Beamtenschaft, die die Beamtenschaft  
 schuldlos zu überzeugen, sollte Martini heraus, der wie sein Vor-  
 redner dem Vorstehen für die Aufklärungsarbeit den besondern Dank  
 ausspricht.

Rolle. Demnach sei die Größe und Wünsche der Bundesleitung überbrachte, zeigte zunächst, dass die Bundesleitung bezüglich der Stoffleitung unternommen habe. Der FSB, hat in unannehmbarer Weise in eine Reihe von verschiedenen Unternehmungen, die im Ausdruck gebracht, dass eine jegliche Erfüllung wünsche und eine Ergänzung der wirtschaftlichen Möglichkeiten verlangen müsse. Schwierigkeiten für eine Stoffleitung ergaben sich daraus, dass man auch die Arbeiterlöhne um 6 Prozent kürzte und infolgedessen auch bei den Beamteneinkütern nicht unter 6 Prozent regierungseigentlich geben zu können glaubte. Zudem argumentierte die Regierung so, dass man eine Reaktion der Bevölkerung nicht mit der Regierung herbeiführen könne, die die Arbeiterlöhne, die Beamteneinkütern, die Einkommen der Arbeiter gekürzt habe. Die Einkommen seien gleichmäßig. Man würde die Forderungen dem Auslande gegenüber abdrücken, wenn man im Innlande eine Differenzierung einführt. Je weiter die Lohnkürzungen durchgeführt wurden, um so stiller wurde es im Volksgesunde wegen der Reaktion des Volksgesundes. Zum Schluss betonte er, dass wir uns trotz unserer Unabhängigkeit nicht als einseitig in der Politik, sondern in einem gewissen Ausmaß vertreten die Meinung zu legen. Man dürfe nicht Parteien mit Parteien vergleichen.

Zum Rassenbericht wurde das Wort nicht ersonnen. Kollege Schubert fragte beim Vorschlag, ob den Vertretern auch Überzeugungsbeispiele bewilligt werden könne. Kollege Blich erklärte dazu, daß die Vertreter der DK. früher nichts bewilligt bekommen hätten, jetzt aber 10 Mark Tagesgeld und das Jahrgeld 3. Klasse erhielten.

Zu Rassenprüfern wurden die Kollegen Gähse und Gasse wiedergewählt.

Für die Wahl zum 1. Vorsitzenden war nur ein Wahlvor-  
schlag eingegangen. Er lautete auf Rolf. Flech. Flech wurde durch  
Zuruf einstimmig wiedergewählt. Starker Beifall wurde dieser Wahl ge-  
zeigt, zu der wir uns, wie Kollege Fenzler betonte, nur beglückwünschen  
können.

In die Kartelleitung wurden gewählt aus Säule I: Jengler, Wittmann, Koch und Wagner, aus Säule II: Schaefer, Kupfer, Ritsche und Frau Niesl, aus Säule III: Tschirnschitz, aus Säule IV: Adam, aus Säule V: Simonz, aus Säule VI: Rieberg und Krauze, aus Säule VII: Baumgart, Tramer und Frau Hofstetl.

Die folgende nennete die Wahl der Stimmberechtigter O.R. für die nächste Hauptversammlung nach dem Vorliche des Wahlvereinsauschusses, und zwar die O.R. Altheide, Beuthen, Breslau, Brunsau, Bunsau, Buchow, Frankenstein, Freiburg, Freyhan, Freysdorf, Friedland, Gell, Glögen, Görlitz, Goldberg, Gottesberg, Groß-Wartenberg, Grünberg, Guttau, Habelschwerdt, Sargna, Hirschberg, Jarischau, Jauer, Ranth, Königswitz, Radlitz, Strachwitz, Landesgut, Vangenuß, Vongenzelau, Ronbau, Reben, Elegen, Löwen, Löwenberg, Eiben, Mallich, Mühlentberg, Neudorf, Neuendorf, Neuendorf, Obernigke, Oppelen, Schmalz, Petersdorf, Reichenbach, Reichenfeld, Reichenbach, Reichenbach, Schmiedebach, Schmiedebach, Schmiedebach, Spottau, Steinau, Streben, Striepat, Seidenberg, Sulau, Trachenberg, Trebnitz, Waldenburg, Weithammer, Wernsdorf, Wohlauf, Wittenmalerdorf.

Es erfolgte nunmehr die Beratung der Anträge. Antrag des DR. Zömenberg: „Das DR. wolle beschließen und dahin wirken, daß für die in der Bundesbesetzung tätigen Beamten und Angestellten Gehälter, Vergütungen, Reisekosten usw. nur in einer Höhe gezahlt werden, wie sie in der augenblicklichen Notlage gegenüber der breiten Masse der Mitglieder vertreten werden können.“ DR. Lauban: „Der DR. wolle beschließen und dahin wirken, daß die oben benannten Beamten und Angestellten zu einem richtigen Mitgliederbeitrag von 100 Mark jährlich oder von 1,20 Mark herabgesetzt werden. Weiterhin ist der den DR. zuzuliegende Beitragsanteil vom genannten Zeitpunkt ab angemessen zu erhöhen.“ DR. Götting: „1. „Das DR. wolle beim Vorstand des DRB. auf sofortige Wirtschaftsführung bestehen.“ 2. „Das DR. wolle dahin wirken, daß die Bundesleitung immer und überall auf Wahrung der unbedingten parteipolitischen Grundsätze bedacht.“ Da diese Anträge gegen Beschlüsse des Bundeskongresses durch den Parteivorstand des DRB. nicht durchzuführen sind, hat der Parteivorstand des DRB. die Angelegenheit dem DRB. zur Entscheidung überlassen. Er hat die Federbahnen bestimmten (in Anträge) noch keine Richtung hin durch die Organisationen zu stellen. Die Anträge werden dem DRB. als Stimmungsstück aus Mitgliederkreisen mitgeteilt werden.

Der Antrag des DR. Lauban: „Der Vorstand des DDB, wolle sich mehr als bisher mit der Frage der Erhaltung des Berufsbeamtentums durch aufklärende Artikel in der Tagespresse befassen“, wird dem DDB. als Material überwiesen.

Der Antrag des DR. Reichenbach: „Der Hl. wolle beschließen, daß a) den DR. ein Exemplar der „Beamten-Poli“ kostenlos geliefert wird“, wird der „Beamten-Poli“ übermieden werden; h) „beim DRB. zu beantragen, daß den DR. ein Exemplar der Zeitschrift „Der Beamtenbund“ kostenlos zugestellt wird“, ist nach einem Beschluß des Bundesrates unmöglich, da nur Fachverbände Preisexemplare erhalten.

Der Dringlichkeitsantrag des DR. Langenbiefau, sich den Beschluß des Bundesrates des Preussischen Beamtenbundes zu eigen zu machen, wurde angenommen. Ebenso der Antrag des DR. Löwenberg: „Das DR. solle zur Befestigung der bestehenden Gärten beschließen, durch den DRB. dahin zu wirken, daß unverzüglich eine anderweitige neue Orts-Einfriedigung erfolgt, um daß das Wohngebiet der derzeitigen Wohnbevölkerung im Hinblick auf die Gärten und die Erhöhung des Wohnungspreises ist im Hinblick auf die prozentige Gebietsvergrößerung unbedingt notwendig.“

Der Antrag Vogel, nach dem das BR. versuchen solle, Schritte zu unternehmen, daß auch den Beamten Mittel aus der Osthilfe zur Verfügung gestellt werden, wurde angenommen.

Der Antrag des Dr. Frieß: „Als Anregung geben wir den einstimmigen Beschluß unserer Hauptversammlung vom 30. 1. 31 weiter, in einer Enquete die schleunige Erledigung der seit der letzten Hauptversammlung gestellten, bisher aber noch nicht erledigten Anträge, insbesondere a) die baldige Regelung der Urlaubsfrage und b) der Dienststundenfrage bei den Reichsbeschörden zu fordern“, wurde angenommen.

Genfio wurde der Antrag des DR. Garmelinkit angenommen. „Die Bundesbesetzung wird erfüllt, mit den anderen Gemeinschaften sofort einen Verbraucherrat zu bilden, der die Interessen der Verbraucher in derselben Weise und an denselben Stellen vertritt, wie Landwirtschaft und Industrie dies gegenwärtig mit ihnen tun und stets getan haben. Die Bundesbesetzung wird erfüllt, mit Nachdruck für die Offenlegung der Steuerlisten einzutreten, als Unterstützung für die diesem Ziel zutreffenden Strömungen im Reichstag.“

Die Anträge der **DR. Frenhan, Schömburg, Friedeberg und Seidenberg** auf Zuteilung eines stimmberechtigten Vertreters für die nächste Hauptversammlung wurden als erledigt erklärt.

Kollege Venz hielt nunmehr einen Vortrag über „Die gegenwärtige Lage des Berufsbeamtentums“, der außerordentlich interessant war und mit großem Beifall aufgenommen wurde. Wir haben ihn in seinen Grundzügen bereits in Nr. 15 der „Beamten-Woche“ veröffentlicht.



1891 bietet seinen Kunden anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Firma etwas noch nicht Dagewesenes — den unglaublich preiswerten 1931

[illegible]

**Brig.** Am 7. April hielt der Ruhe- und Bartelandskomitee-Verband seine fünftausendste Verteilungssammlung ab. Nach Aufnahme neuer Mitglieder und Bekanntgabe der Eingänge trug der Vorsitzende den Bericht über den Provinzialkongress in Breslau vor. Die Hilfspflichtungsbescheinigungen trug Regierungsrat von Fiedorowicz den Ruheföndler kommen zur Ausrede. Daß diese Bewegungen den Mitglieder, der Pensionärsbewegung und dem Volkgangenen gut und dienlich wären, konnte von keiner Seite in Frage gestellt werden. Die Zugehörigkeit zum Ruheverband ist Wichtig für den Ruheföndler und von großer Wichtigkeit, denn nur dieser ist in der Lage, für unsere Sache einzutreten, abgesehen von den für die Ruheföndler in der Provinz bestehenden Schwierigkeiten. Die Angelegenheit der Ruheföndler zu gründen wurde ebenfalls als ein Interesse angesehen, das die Mitglieder auf bestehen für die Mitglieder und Hinterbliebenen. Gegenwärtig beträgt das Einkommen nur von Hund zu Hund mehrere Mitglieder - könnten 100 Prozent mehr sein - zu werden, weil dies das Einkommen der Mitglieder bleibt. Die nächste Konferenzsammlung findet Dienstag, den 14. Mai, nachmittags 4 Uhr, in der Stadtkaserne statt.

## Die Bedeutung des Berufsbeamtentums.

Der Deutsche samten-Wirtschaftsbund, Bezirksausschuß Niederrhein, schreibt: In seiner Broschüre „Das neue Zeitalter der Organisationswissenschaft“ begründet Professor Dr. jur. Dr. h. c. h. Hans Goldschmidt, Oberlandesgerichtsrat in Köln, Mitglied des Rhein. Provinzial-Landtags und des Provinzialausschusses, die Forderung nach einem fairen Einfluß in wirtschaftspolitischer Beziehung. Er kommt dabei auch auf die Beamtenfrage zu sprechen und macht dazu folgende interessanten Ausführungen:

Unbeding notwendig für einen starken Staat ist ein starkes Beamtenamt. Gerade diejenigen, die nicht wünschen, daß Wirtschaft und Staat die Baule des internationalen Großkapitals werden, sollten es gelöst sein lassen, daß nur das staatliche Beamtenamt das erforderliche Gegengewicht gegen die ungeheure Macht der goldenen Internationalen zu bilden imstande ist. Das Großkapital ist infolge seiner Zweckmittel in der Lage, Personen von ausgedehnter Fähigkeit sich dienstbar zu machen. Mit Hilfe dieser Personen kann es auf entsprechend vorbereiteten Beamten aufbauen. Eine unparteiische Durchsicht der öffentlichen Verwaltung, Wirtschaft und Sozialpolitik ist ohne die Beamten nicht denkbar. Es ist daher ein kaum zu begreifender Irrtum, wenn Arbeiterorganisationen sich gegen das Beamtenamt wenden. Der von theilweise eingestellten Menschen gegen das Beamtenamt geführte Kampf ist offenbar ein Ueberbleibsel aus dem 19. Jahrhundert. Demals mag die Bürokratie sich dem Fortschritt widersetzt haben. In der Gegenwart ist aber das Beamtenamt unter den günstigsten Voraussetzungen eine Stütze für die Freiheit. Eine selbstständliche Verwaltung ist das Hauptbedürfnis der Freiheit. Die Freiheit erkennen und die Freiheit verwirklichen, das ist die Aufgabe der Beamten. Es ist das Bewußtsein, daß die Freiheit der Nation nicht ohne die Freiheit des Einzelnen bestehen kann, das die Beamten zu den besten Hütern der Freiheit macht. Sowohl das noch nicht der Fall ist, muß darauf hingewirkt werden. Das Bewußtsein, daß die Freiheit der Nation nicht ohne die Freiheit des Einzelnen bestehen kann, das die Beamten zu den besten Hütern der Freiheit macht. Das Bewußtsein, daß die Freiheit der Nation nicht ohne die Freiheit des Einzelnen bestehen kann, das die Beamten zu den besten Hütern der Freiheit macht.

### Anrechnung der Wartefristzeit

60. Lebensjahr noch nicht überschritten hatten, aufzufordern, zu erklären, ob sie in den bauernden Ruhestand treten oder wieder in den Dienst eintreten wollen. Im letzteren Falle war eine vertrauensärztliche Untersuchung, ob der allgemeine Gesundheitszustand eine Weiterbeschäftigung überhaupt gestattete, erforderlich. Es ist wohl anzunehmen, daß die Zahl derer, die freiwillig zum Dienst eintreten wollten, nicht groß sein wird, da die meisten von ihnen auf Grund des Abbaueffekts schon mehr als 7 Jahre außer Tätigkeit waren. Es wäre für die Betroffenen, die ja doch fast ausschließlich das zur Höchstleistung erforderliche Dienstalter von 40 Jahren noch nicht erreicht haben, höchst interessant, zu erfahren, wie sich jetzt die einzelnen von ihnen zur Anrechnung der Wartungszeit verhalten. Es ist somit insofern für die Wartungskriterien günstige, teils bezugliche Zuschriften recht bald der Schriftleitung der „Beamtenspost“ unter dem Stichwort „Anrechnung der Wartungszeit“ zugehen lassen. R. T.

## Briefkasten.

**H. B. Kreuzburg.** In Ergänzung unserer Vielfachhauseinkünfte in Nr. 14 und 16 der „Beamten-Woche“ können wir Ihnen heute noch folgendes mitteilen: Für Waisen kann bei Schulausbildung vom Verpflegungsmitteln Waisenrente über das 18. Lebensjahr hinaus gezahlt werden. Vor Genehmigung werden die Einkommensverhältnisse der Waise genau geprüft. Es wird nur bei Einkommenslosigkeit der Zolldörfer Waisenrente gezahlt. Betragsmäßig beträgt die Einkommenslosigkeit 1000 Mark. Die Genehmigung der Waisenrente nicht zu, so kann eine Erziehungsbefehle beantragt werden. Die Zolldörfer (Finanzvermittlung) zahlt Waisenrente an ihre Waisen — auch wenn diese Kriegsinterballe sind — nur bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. Eine Weiterzahlung der Waisenrente über das 18. Lebensjahr hinaus, auch wenn die Waise die Schule weiter besucht, ist wegen der Einkommenslosigkeit nicht möglich. Betragsmäßig beträgt die Verpflegungsmitteln Waisenrente 1000 Mark auf bis zur Zolldörfer (Finanzvermittlung) zu zahlenden Waisenrente nicht in Anrechnung. St.

**Zusatz-Nr. 24.** Was für die Aufnahme eines Diplom-Panelschleiers in die Erlaubnis zur höheren Schule ist zur Oberklausur, herbei zum ersten Mal, erforderlich, oder nur Oberklausurbefreiung nachweisen kann, muß sich innerhalb eines Studiums einer Exkursionsreise, einem Fachstudium, unterziehen. Die Ablegung des Abiturs an der Schule ist jedoch zu empfehlen. Hierauf folgt eine praktische kaufmännische Ausbildung von 2-3 Jahren. Sie kann als kaufmännischer Lehrling mit dreijähriger Lehrzeit, oder als Volontär mit mindestens zweijähriger Praxis im kaufmännischen Büro, im Handelsbetriebe oder bei Banken erworben werden. Der Besuch einer anerkannten höheren Handelschule während der praktischen Ausbildung ist auch sehr zu empfehlen, entfällt aber zu vieler Zeit. Die meistentschiedene Ansicht, daß der Sohn bei den Eltern wohnen kann, die meistentschiedene Ausbildung der Diplom-Panelschleier erfolgt auf den Handelschulen in sechs Semestern. Für uns Schüler kommt wohl nur die Handelschule in Berlin in Frage. Für jedes Semester sind an Gebühren, die sich aus Studiengebel, Beitrag zur Krankenkasse, Unfallversicherungsgebühr, Beitrags für Selbststudium und Beitrag zum Studierenden-Ausschuß aufzunehmen, etwa 180 Mark zu zahlen. Eine Gebührenermäßigung hat noch dem zweiten Semester zuzurechnen. Die Befreiung einiger Kandidaten wird sich nicht auswirken lassen, für die meisten wird sich jedoch nicht rechnen. In der Bibliothek in reichster Auswahl zur Verfügung. Am nächsten fallen an der Hochschule die Kosten für den Lebensunterhalt ins Gewicht. Sie sind natürlich verschieden und richten sich ganz nach den Ansprüchen des Studenten. Wer sich einer Verbindung anschließt, gut wohnen und essen will, auch von Berlin etwas haben möchte, gebraucht etwa 200-250 Mark pro Monat. Bei bescheidenen Ansprüchen, Wohnung im Studentenheim, Essen in der Mensa, genügen auch 80-120 Mark. Als Bekleidungskosten kann man nach dem Vorratsspiegel bringen. Ein Semester für sechs Semester 6180 Mark bis 7200 Mark, zu 120 Mark für den Monat, also nur 9 Semester gerechnet für 72 Monate ist 120 Mark = 8240 Mark, also nur 4500-5000 Mark.

C. V.

C. Y.

## Höchste Zinsen auf Spargelder

## Bank für Haus- und Grundbesitz

**Breslau 5, Neue Graupenstr. 2**

**FABRIK UND EINZELVERKAUF**  
DRESDEN, S. 1. u. 2. STAGE